



**KNE | Kompetenzzentrum**  
Naturschutz und Energiewende

# Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten

Eine rechtliche Einführung in die Thematik

*In der Reihe „Ausgangspunkte“ veröffentlicht das KNE Ausarbeitungen zu grundsätzlichen Fragestellungen der naturverträglichen Energiewende. Die einzelne Ausgabe soll durch Form und Inhalt geeignet sein, interessierte Leserinnen und Leser gut verständlich in ein anspruchsvolles Thema einzuführen. Das Format verzichtet auf eine umfangreiche wissenschaftliche Untersetzung und weiterführende Literatur.*

## Orientierung zu dieser Ausgabe

In ihrem gemeinsamen Eckpunktepapier „Beschleunigung des naturverträglichen Ausbaus der Windenergie an Land“ haben sich das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) unter anderem darauf verständigt, dass Landschaftsschutzgebiete bei der Ausweisung von Gebieten für die Windenergie vollumfänglich betrachtet werden sollen. Bis zur Erreichung der Flächenziele sollen Windenergieanlagen innerhalb von Landschaftsschutzgebieten auch außerhalb von für die Windenergie ausgewiesenen Gebieten zulässig sein, hiervon sollen aber Natura 2000-Flächen und UNESCO-Welterbe-Flächen ausgenommen sein. Eine entsprechende gesetzliche Regelung wurde inzwischen getroffen.

Landschaftsschutzgebiete bedecken mit einer Gesamtfläche von 9,9 Millionen Hektar rund 28 Prozent der Fläche Deutschlands<sup>1</sup>, ihr Anteil an den Flächen der Länder liegt zwischen zirka 42 und neun Prozent. Angesichts des notwendigen Ausbaus der Windenergie an Land ist ein generelles Freihalten von Landschaftsschutzgebieten schwer vermittelbar. Natur- und Energieverbände äußerten sich uneinheitlich zu den Inhalten des Eckpunktepapiers, wobei der Bundesverband für Fledermauskunde der Öffnung von Landschaftsschutzgebieten kritisch gegenübersteht.<sup>2</sup> Vor diesem Hintergrund widmen wir uns folgenden Fragen:

- Welchem Schutz dient die Einrichtung von Landschaftsschutzgebieten?
- Welche rechtlichen Möglichkeiten bieten die Schutzverordnungen, Landschaftsschutzgebiete für Windenergie zu öffnen, und welche Grenzen setzen sie?
- Wie ist die neue Regel zur Öffnung von Landschaftsschutzgebieten ausgestaltet?
- Wie kann der Windenergieausbau in Landschaftsschutzgebieten, vor allem bei der gewünschten Freihaltung von Natura 2000-Gebieten, naturverträglich erfolgen?

<sup>1</sup> Bundesamt für Naturschutz, <https://www.bfn.de/landschaftsschutzgebiete>.

<sup>2</sup> Vgl. zum allgemeinen Stimmungsbild: Klimareporter, Windkraft und bedrohte Arten stehen vor der Trennung, v. 4. April 2022; kritisch gegenüber Landschaftsschutzgebieten: Bundesverband für Fledermauskunde, Positionspapier v. 13. April 2022, S. 2.

# Landschaftsschutzgebiete

**Landschaftsschutzgebiete sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. Es sind zudem alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.**

Durch das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) stehen in Deutschland unterschiedliche Kategorien von Schutzgebieten zur Verfügung, die – in der Regel auf Ebene der Länder – durch die zuständigen Naturschutzbehörden weiter ausgestaltet werden: Naturschutzgebiete, Nationalparke, Biosphärenreservate, Naturparke – und Landschaftsschutzgebiete. Darüber hinaus gibt es Zusammenschlüsse und übergeordnete Kategorien wie Biotopverbunde und Natura-2000-Gebiete.

In Landschaftsschutzgebieten ist ein besonderer Schutz von Landschaft und Natur erforderlich. Gründe hierfür sind gemäß § 26 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 BNatSchG die Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten; außerdem die Vielfalt, Eigenart und Schönheit oder die besondere kulturhistorische Bedeutung der Landschaft oder ihre besondere Bedeutung für die Erholung.

Ein wesentliches Merkmal von Landschaftsschutzgebieten ist ihre grundsätzliche Zugänglichkeit für den Menschen und die Möglichkeit ihrer (weiteren) landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und fischereiwirtschaftlichen Nutzung, soweit Maßnahmen und Strategien einer guten fachlichen Praxis erfüllt werden. Darüber hinaus sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.

Bebauungsverbote bestehen folglich immer dann, wenn die Bebauung dem Schutzzweck entgegensteht und die charakterlichen Züge des Gebietes verändert oder beeinträchtigt werden. Dies galt bisher uneingeschränkt und damit auch für Windenergieanlagen. Um dennoch Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten errichten zu können, musste das Bauverbot daher in rechtlicher Hinsicht – je nach Einzelfallprüfung – überwunden werden.

# Perspektiven für die Windenergie

**Seit 1997 ist es erlaubt, Windenergieanlagen auch im Außenbereich zu errichten. Ob und wieviel Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten erlaubt sind, richtet sich nach der jeweiligen Schutzverordnung.**

Nach dem Baugesetzbuch ist es grundsätzlich erlaubt, Windenergieanlagen auch im Außenbereich zu errichten. Das bedeutet, dass der normalerweise von Bebauung freizuhaltende Außenbereich – das sind Grundstücke außerhalb eines Bebauungsplans und jenseits von zusammenhängend bebauten Ortsteilen – für bestimmte Vorhaben geöffnet wurde, wenn öffentliche Belange (z. B. Zersiedelung, Landschaftspflege und Bodenschutz) dem nicht entgegenstehen und die Erschließung gesichert ist. Der Außenbereich ist insbesondere anfällig für Konflikte mit dem Naturschutz.

## Die Schutzverordnung

Ein Landschaftsschutzgebiet wird durch die zuständige Naturschutzbehörde per Rechtsverordnung ausgewiesen. Die rechtsverbindliche Ausgestaltung erfolgt durch eine Schutzverordnung, die nicht durch eine übergeordnete Bauleitplanung geändert werden kann.<sup>3</sup> Die Schutzverordnung enthält regelmäßig den Schutzgegenstand, den Schutzzweck, die notwendigen Ge- und Verbote sowie die erforderlichen weiteren Ermächtigungen (§ 22 Abs. 1 BNatSchG). Dem Verordnungsgeber kommt bei der Ausgestaltung der einzelnen Bestimmungen ein weiter Ermessensspielraum zu;<sup>4</sup> das trägt den unterschiedlichen regionalen Besonderheiten Rechnung.

## Die bisherige Rechtslage

Ob und wieviel Windenergie in Landschaftsschutzgebieten erlaubt ist, richtete sich bisher nach der jeweiligen Schutzverordnung. Oftmals enthalten die Schutzverordnungen ein allgemeines Bauverbot. Jedoch kann – aufgrund enthaltener Befreiungs- oder Ausnahmegesetze – eine gewisse Bebauung dennoch möglich sein. Hier kam es für die Genehmigung von Windenergieanlagen auf die Abwägung mit dem Schutzzweck und den von den Anlagen zu erwartenden Auswirkungen auf diesen Schutzzweck an.

<sup>3</sup> BeckOK Umweltrecht, Giesberts/ Reinhardt 61. Ed. 2020, BNatSchG § 26 Rn. 39.

<sup>4</sup> Kratsch, Neuere Rechtsprechung zum Naturschutzrecht – Eingriffsregelungen, Schutzgebiete, Biotopschutz, NuR 2009, 398 (400).



Auf Länderebene bestehen insoweit verschiedene Vorgaben beziehungsweise Empfehlungen, die jedoch teilweise nicht rechtsverbindlich sind.<sup>5</sup> Falls die jeweilige Schutzverordnung nach Auslegung eine Errichtung von Windenergieanlagen nicht zulässt, bleibt der Weg über die Befreiung<sup>6</sup> (§ 67 Abs. 1 BNatSchG), ggf. auch über die artenschutzrechtliche Ausnahme (§ 45 Abs. 7 BNatSchG). Diesbezüglich bestehende Unsicherheiten haben in der Vergangenheit vermehrt die Gerichte beschäftigt.

## Die neue Rechtslage

Der neue § 26 Abs. 3 BNatSchG gilt seit dem 01. Februar 2023 und beschreibt die Voraussetzungen für die Zulassung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten. Sinn und Zweck dieser Regelung ist die erweiterte Flächenverfügbarkeit für den Ausbau von Windenergie an Land.<sup>7</sup> Wie bereits im genannten Eckpunktepapier angekündigt, steht die Schutzgebietsverordnung einer Windenergieanlage nicht mehr entgegen und es bedarf keiner Ausnahme und Befreiung von der Verordnung mehr. Einerseits gilt dies, wenn der Standort innerhalb eines Windenergiegebietes nach § 2 Nr. 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) liegt. Andererseits gilt dies zudem im gesamten Landschaftsschutzgebiet, bis die Erreichung des jeweiligen Flächenbeitragswertes nach § 5 WindBG festgestellt wurde. Bestehende Planungen innerhalb von Landschaftsschutzgebieten dürften aufgrund der bisherigen Rechtslage jedoch eher die Ausnahme sein.<sup>8</sup>

Von dieser grundsätzlichen Öffnung von Landschaftsschutzgebieten für die Windenergie gibt es in § 26 Abs. 3 S. 5 BNatSchG zwei wichtige Rückausnahmen: Bei einer Überschneidung des Landschaftsschutzgebietes mit einem Natura-2000-Gebiet sowie mit (Natur-) Stätten, die sich auf der Liste des UNESCO-Kultur- und Naturerbes befinden (Welterbe), gelten die Erleichterungen nicht.

Die Rechtsänderung weitet einerseits die Kulisse für die Windenergie aus, indem sie die Landschaftsschutzgebiete grundsätzlich für den Ausbau freigibt. Durch die Rückausnahmen wird aber zugleich eine neue Einschränkung der Ausbaukulisse vorgenommen, da Natura-2000-Gebiete bisher nicht generell von einer Bebauung mit Windenergieanlagen ausgenommen sind. Die Europäische Kommission hat sogar einen (unverbindlichen) Leitfaden zum Ausbau der Windenergie in Natura-2000-Gebieten veröffentlicht,<sup>9</sup> der sich auf die Errichtung von Windparks innerhalb oder in der Umgebung von Natura-2000-Gebieten bezieht. Aus rechtlicher Sicht ist ein Ausschluss von Natura-2000-Gebieten von der Bebauung mit Windenergieanlagen auf

<sup>5</sup> Vgl. FA Wind, Windenergienutzung und Gebietsschutz, 2017, S. 12 ff.

<sup>6</sup> Vgl. OVG Münster Urt. v. 21.04.2020 – 8 A 311.19, siehe BeckRS 2020, 9117 Rn. 45 f.

<sup>7</sup> [Deutscher Bundestag Drucksache 20/2354 – Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes.](#)

<sup>8</sup> Vgl. Gellermann in Landmann/Rohmer Umweltrecht, 100. EL 2023, BNatSchG § 26 Rn. 22.

<sup>9</sup> Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission, [Leitfaden zu Windkraftprojekten und den Naturschutzvorschriften der EU](#), v. 18.11.2020.

Ebene der Mitgliedsstaaten dennoch – wie hier geschehen – möglich, da eine strengere Umsetzung der europäischen Vorgaben im Bereich des Umweltschutzes nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der europäischen Union zulässig ist.<sup>10</sup> Es ist zudem schon jetzt absehbar, dass die Novellierung der europäischen Richtlinie für erneuerbare Energien Natura-2000-Gebiete ebenfalls für Windenergienutzung ausschließt, wenn gewisse Prüferleichterungen im Zulassungsverfahren greifen sollen.<sup>11</sup>

Das Verhältnis des § 26 Abs. 3 BNatSchG zum neuen Windenergieplanungsregime nach den §§ 35 Abs. 1 Nr. 5, 249 und 245e BauGB bedarf jedoch noch weiterer Klärung. Insbesondere bleibt die Frage offen, welche Vorschriften im Falle von aufrechterhaltener „alter“ Planung nach §§ 245e, 35 Abs. 3 S. 3 BauGB (Konzentrationszonenplanung) Vorrang haben.<sup>12</sup> Man wird wohl beiden Vorschriften Spezialität für ihren Anwendungsbereich zuschreiben müssen. Einzig dem Passus „eines im Übrigen zulässigen Vorhabens“ in § 26 Abs. 3 S. 3 BNatSchG könnte man entnehmen, dass die aufrechterhaltene Sperrwirkung gegen die „übrige Zulässigkeit“ einer Anlage in einem Landschaftsschutzgebiet spricht. Von diesem Spezialfall abgesehen, gilt die Öffnung der Landschaftsschutzgebiete bis zur Feststellung der Zielerreichung innerhalb und außerhalb von Windenergiegebieten.<sup>13</sup>

## Die Natura-2000-Gebietskulisse in Deutschland

Natura-2000-Gebiete überlagern sich bisweilen mit Landschaftsschutzgebieten.<sup>14</sup> Natura-2000-Gebiete<sup>15</sup> umfassen in Deutschland zirka 15,5 Prozent der Landes- und 45 Prozent der marinen Fläche.<sup>16</sup> Die Festlegung solcher Gebiete erfolgt durch eine sogenannte Schutzerklärung gemäß § 22 BNatSchG. Allerdings bleibt die gemeldete Natura-2000-Kulisse in Deutschland immer noch hinter dem europarechtlich Geforderten zurück.

Es gab bereits Verurteilungen Deutschlands durch den Europäischen Gerichtshof, ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren (Nr. 2014/2262) ist anhängig.

<sup>10</sup> Landmann/Rohmer, ebenda, AEUV Art. 193 Rn. 5 ff.

<sup>11</sup> Vgl. Art. 15c Nr. 1 lit. a) ii) Erneuerbare-Energien-Richtlinie (EU), Entwurfsstand 19.06.2023.

<sup>12</sup> Eine übergangsweise aufrechtzuerhaltende Konzentrationsflächenplanung stünde der Öffnung durch § 26 Abs. 3 BNatSchG grundsätzlich entgegen, hierzu findet sich jedoch weder in den Gesetzesbegründungen noch in der (jungen) Literatur ein zwingendes Argument. Für den Normadressaten ist diese Frage somit derzeit nicht eindeutig zu beantworten.

<sup>13</sup> Vgl. Gellermann, ebenda, BNatSchG § 26 Rn. 23.

<sup>14</sup> Vgl. interaktive Karte des BfN: [Schutzgebiete in Deutschland \(bfn.de\)](https://www.bfn.de/natura-2000-gebiete#anchor-2538).

<sup>15</sup> Laut §§ 31 ff. Bundesnaturschutzgesetz handelt es sich um zusammenhängende geschützte Areale innerhalb der Europäischen Union (exklusive Überseegebiete), die sich aus der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, der Vogelschutzrichtlinie und letztlich aus dem UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt ergeben.

<sup>16</sup> Bundesamt für Naturschutz, <https://www.bfn.de/natura-2000-gebiete#anchor-2538>.

Die Europäische Kommission hat 2019 erneut die immer noch nicht vollständig erfolgte Ausweisung der Schutzgebiete sowie die mangelnde Zielsetzung und Veröffentlichung erforderlicher Managementpläne durch Deutschland gerügt.<sup>17</sup>

Angesichts dieser Fakten ist davon auszugehen, dass Deutschland in nächster Zeit seiner Verpflichtung zur vermehrten (und strengeren) Schutzklärung von Natura-2000-Gebieten nachkommen wird. Das würde heißen, dass weitere Gebiete zur Natura-2000-Kulisse hinzukommen, und dass die bereits bestehenden Gebiete unionskonform geschützt werden.

Die Annahme ist naheliegend, dass damit eine Verringerung der tatsächlich für Windenergie nutzbaren Flächen von Landschaftsschutzgebieten einhergehen wird. Besonders die Unterschutzstellung bisher nicht ausgewiesener „potenzieller“ FFH-Gebiete, dürfte zu Rechtsunsicherheiten führen.<sup>18</sup>

## Die naturverträgliche Nutzung der Windenergie

Das Bundesnaturschutzgesetz bietet die grundsätzliche Möglichkeit, innerhalb von Landschaftsschutzgebieten Zonen mit abgestuften Schutzniveau einzuführen, sogenannte Zonenplanung.

Unterschieden wird dabei zwischen Kernzonen, mit einem besonders hohen Schutzniveau, Zwischenzonen mit einem mittleren Schutzniveau und Rand- und Pufferzonen mit einem niedrigen Schutzniveau. Entsprechend den einzelnen Zonen erfolgt eine unterschiedliche Beschreibung der Schutzzwecke.

Dies gilt dem Gesetzestext nach auch für andere Schutzgebiete und führt eine bestehende Praxis bei Naturparks, Nationalparks und Biosphärenreservaten fort. Eine Zonierung kann sogar erforderlich sein, um der variierenden Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit eines (sich ggf. im Laufe der Zeit verändernden) Gebiets Rechnung zu tragen und die Verhältnismäßigkeit der dort geregelten Ge- und Verbote zu wahren. Denn etwaige Verbote müssen selbst in Schutzgebieten mit den Rechten der betroffenen Grundstückseigentümer in Einklang gebracht werden. Zudem können Pufferzonen ganzheitlich gedacht und geplant werden, um empfindliche Bereiche weiträumig zu schützen. Eine solche Zonierung ist in ihrer ursprünglichen Konzeption jedoch sehr kosten- und zeitaufwändig. Es ist daher denkbar eine „schlanke“ beziehungsweise auf die wesentlichen Kernpunkte reduzierte Form – ähnlich einem Scoping<sup>19</sup> oder

<sup>17</sup> Europäische Kommission, Naturschutz: Kommission fordert Deutschland auf, den Schutz von blütenreichen Wiesen zu verstärken – Vertragsverletzung Nr. 2014/2262 v. Januar 2019, [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf\\_19\\_4251](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_19_4251).

<sup>18</sup> Lütke/Ewer, BNatSchG 2. A. 2018, § 31 Rn. 12; zu potenziellen FFH-Gebieten allgemein vgl. Landmann/Rohmer, ebenda, BNatSchG Vorbemerkung vor §§ 31-36 Rn. 18 ff.

<sup>19</sup> Vgl. Art. 5 Abs. 4 der Richtlinie (EU) über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme vom 27.06.2001.

sensitivity mapping<sup>20</sup> – anzulegen. Eine solche Anwendung der Zonierung könnte ein Werkzeug darstellen, um dem vom Gesetzgeber an anderer Stelle geplanten Biodiversitätsschutz<sup>21</sup> frühzeitig und vorausschauend Raum zu sichern.

In Übereinstimmung mit der absehbaren Pflicht zur Schaffung spezieller Beschleunigungsgebiete (Renewables Acceleration Areas), könnte der Verordnungsgeber so einmalig eine Vielzahl von Vorhaben in vorbestimmten Bereichen ermöglichen, was den Verwaltungsaufwand insgesamt merklich verringern dürfte. Zudem besteht die Chance, das jeweilige Gebiet umfänglich für erneuerbare Energien (nicht nur für Windenergie an Land) neu zu bewerten und ein ganzheitliches Konzept aufzustellen, was verschiedene Schutzziele auch langfristig stützt. So können vorausschauend etwa gemeinsame Zuwegungen, Kabeltrassen, Speicheranlagen oder ggf. Wildkorridore geplant werden, was eine umfängliche Befassung mit jeder einzelnen Anlage aufs Neue weitgehend verhindern könnte.

Aus unserer Sicht lässt sich – in Hinblick auf den von der Bundesregierung insbesondere forcierten Bau von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten – eine Zonierung zudem gut mit der Festlegung von Naturschutzkriterien verbinden. Eine Zonenplanung ist zweifelsfrei zunächst mit einem größeren Arbeits- und Zeitaufwand verbunden, der sich jedoch schon mittelfristig lohnen sollte.

## Ausblick

Das KNE hält die planerische Betrachtung von Landschaftsschutzgebieten in Hinblick auf den Ausbau der Windenergie an Land für geboten. Gebietsausweisungen und Genehmigungen müssen aber mit den Zielen des Naturschutzes und des Schutzes der Welterbestätten vereinbar sein. Zur Minimierung von Konflikten mit dem Naturschutz empfiehlt das KNE, vor allem zwei Ansatzpunkte zu nutzen:

Zum einen: Landschaftsschutzgebiete sollten eine Zonierung erhalten. So können sie in einen schonenden Ausgleich mit den Naturschutzbelangen gebracht und Natura-2000-Gebiete sowie Stätten des UNESCO-Welterbes von Bebauung und deren Auswirkungen freigehalten werden. § 22 Abs. 1 S. 3 BNatSchG regelt:

„Schutzgebiete können in Zonen mit einem entsprechend dem jeweiligen Schutzzweck abgestuften Schutz gegliedert werden; hierbei kann auch die für den Schutz notwendige Umgebung einbezogen werden.“

<sup>20</sup> So auch in der Novelle der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (EU) angelegt, zum Beispiel: Art. 15c 1. a) ii), Entwurfsstand 19.06.2023.

<sup>21</sup> Zum Beispiel im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz und im (Natur-) Flächenbedarfsgesetz.



Eine solche Vorgehensweise wurde bereits durch die Rechtsprechung bestätigt.<sup>22</sup>

Zum anderen: Bund und Länder sollten dafür sorgen, dass Natura-2000-Gebiete konsequent und vollständig nachgemeldet und geschützt werden. So können für den Natur- und Artenschutz wertvolle Flächen gesichert und, sofern in Landschaftsschutzgebieten liegend, von Bebauung freigehalten werden. Für die Planung, Prüfung und den Bau von Windenergieanlagen in der Umgebung von Natura-2000-Gebieten – hier also in den übrigen Bereichen eines Landschaftsschutzgebietes – liefert der entsprechende Leitfaden der EU-Kommission wertvolle Hinweise für die durchzuführenden Prüfungen der möglichen Auswirkungen auf umliegende sensible Gebiete.<sup>23</sup> Er informiert über die EU-Gesetzgebung und unterstützt die Akteure bei der Anwendung der Vogelschutz- und der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie.

---

<sup>22</sup> Zum Beispiel Fachagentur Windenergie, zum [Dokument](#); OVG Münster, Beschl. v. 27.11.2018 – 8 B 1170/17, zum [Urteilstext](#); VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 21.01.2022 – 10 S 1861/21, Rn. 22, zum [Urteilstext](#).

<sup>23</sup> Europäische Kommission, Fn. 13.

**Hinweis der Redaktion**

Für vertiefende Informationen wenden Sie sich gern an [anliegen@naturschutz-energiewende.de](mailto:anliegen@naturschutz-energiewende.de).  
Weitere Publikationen finden Sie auch auf unserer Internetseite [www.naturschutz-energiewende.de](http://www.naturschutz-energiewende.de).

**Impressum:**

© KNE gGmbH, Stand 28.08.2023 (aktualisierte Fassung)

**Herausgeber:**

Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende

Neue Grünstraße 18, 10179 Berlin

+49 30 7673738-0

[info@naturschutz-energiewende.de](mailto:info@naturschutz-energiewende.de)

[www.naturschutz-energiewende.de](http://www.naturschutz-energiewende.de)

Twitter: [@KNE\\_tweet](https://twitter.com/KNE_tweet)

YouTube: [KNE-Kanal](https://www.youtube.com/KNE-Kanal)

LinkedIn: [KNE-Profil](https://www.linkedin.com/KNE-Profil)

V. i. S. d. P.: Dr. Torsten Raynal-Ehrke

HRB: 178532 B

**Zitiervorschlag:**

KNE (2023): Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten - Eine rechtliche Einführung in die Thematik. 9 S.

**Haftungsausschluss:**

Die Inhalte dieses Dokumentes wurden nach bestem Wissen geprüft, ausgewertet und zusammengestellt. Eine Haftung für die Richtigkeit sowie die Vollständigkeit der hier enthaltenen Angaben werden ausgeschlossen. Dies betrifft insbesondere die Haftung für eventuelle Schäden, die durch die direkte oder indirekte Nutzung der Inhalte entstehen. Sämtliche Inhalte dieses Dokumentes dienen der allgemeinen Information. Sie können eine Beratung oder Rechtsberatung im Einzelfall nicht ersetzen.

**Bildnachweis:**

Titelfoto: © raland - [stock.adobe.com](https://stock.adobe.com)